

UZ-Serie zur Geschichte der Leipziger Universität

Der antifaschistische Widerstandskampf in den Jahren der braunen Barbarei

Faschistische Gleichschaltung der Universität

Mit der Machtübertragung an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 begann auch für die Alma mater Lipsiensis der schwerste und dunkelste Abschnitt ihrer bisherigen Geschichte.

Bei der Einbeziehung der Universität in das faschistische Herrschaftssystem handelte es sich nicht nur um eine von außen gesteuerte und dekretierte „Gleichschaltung“ der faschistischen Machthaber, sondern um einen Vorgang gleichzeitiger aktiver Selbstgleichschaltung, getragen durch die faschistischen Studenten und eine zunehmende Zahl von Lehrkräften.

Auf der Grundlage des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde von den Universitätsbehörden eine erste „Säuberung“ von allem im faschistischen Sinne als „unzuverlässig“ geltenden Personen eingeleitet. Dieser Aktion fielen an der Universität über 10 Hochschullehrer zum Opfer.

Von einschneidender Wirkung für den gesamten Lehr- und Erziehungsprozess der Universität war das von der NS-Regierung erlassene „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Hochschulen“. Damit wurde eine seit Jahren von Reaktionen erhobene Forderung nach der Einführung des „Numerus clausus“ aufgegriffen und realisiert. Es fand seine Ergänzung in der „Anordnung über die zahlenmäßige Begrenzung zu den Hochschulen“. In dieser politisch-rassistisch und ökonomisch motivierten „Ausleserichtlinie“ offenbarte sich besonders kräftig der wissenschaftsfeindliche Charakter des Faschismus. Vor allem die Studenten jüdischer Herkunft waren den Drangsalierungen und Erniedrigungen des „Aktionskomitees zur praktischen Durchführung des Boykotts der Juden“ ausgesetzt. Diese selektive Zulassungspolitik sowie die Einberufung großer Teile der Jugend zu Arbeitsdienst und Wehrmacht bewirkte einen rapiden und absoluten Rückgang der Studierenden an der Universität.

Niedergang von Kultur, Kunst und Wissenschaft

Die negativen Auswirkungen auf die gesamte Wissenschaftsentwicklung der Universität waren unübersehbar. Sie waren nicht zuletzt eine Folge der Vertreibung, Dekretierung sowie Diskriminierung hervorragender Wissenschaftler. Darin fand die Einschätzung der KPD aus dem Jahre 1939 ihre volle Bestätigung, in der es hieß: „Die Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler erleben mit steigendem Entsetzen den Niedergang der Literatur, der Kunst, der Wissenschaft und der Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Jene, die zuerst glaubten, daß man sich mit dem Hitlerregime verständigen könne, weil es ja nur gegen die „Komunisten“ ginge, haben die Erfahrung machen müssen, daß der Kampf Hitlers gegen den Kommunismus der Vorwand war, um die gesamten Freiheiten des Volkes, die Freiheit der Meinung, der Religion, der Wissenschaft, der Kunst barbarisch zu unterdrücken.“

Verheerende Kriegsfolgen für die alma mater

Mit der Entfesselung des verbrecherischen Raubkrieges am 1. September 1939 verfiel die Alma mater Lipsiensis mehr und mehr. Mit der Anweisung zum „totalen Kriegseinsatz“ der Studenten am 8. September 1944 war dem Lehrbetrieb ein Ende gesetzt. Die vernichtenden Luftangriffe hatten die Universität auf die schwerste in Mitleidenschaft gezogen. Von den insgesamt 92 Instituten und Kliniken waren am 4. Dezember 1943 38 schwer getroffen und teilweise völlig zerstört worden, darunter das Augusteum. Weitere Bombardements im Februar 1944, am 7. März und 8. April 1945 erhöhte die Zahl der in wichtigen Teilen oder gänzlich in Trümmern gelegenen Institute auf 70. Nur noch 64 Prozent der Universität, 17er Kliniken, das Gros ihrer geistes- und naturwissenschaftlichen Institute, wertvolle Laboratorien, Sammlungen und Fachbibliotheken gingen im Inferno des faschistischen totalen Krieges unter. Noch verheerender war die geistige Hinterlassenschaft. Die bürgerliche Universität hatte historisch versagt. Der Ausweg konnte deshalb nur in einer tiefgreifenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzung liegen. Dafür hatte die KPD bereits 1935 auf ihrer Brüsseler Parteikonferenz Alternativen vorgestellt und die Forderung erhoben, die „Kulturreaktion des Hitlerfaschismus“ zu überwinden: „Wir Kommunisten wollen den kulturellen und geistigen Schatz des deutschen Volkes, seine Sprache, seine Kunst und Wissen-



schaft vor den faschistischen Barbaren retten und für die höhere Entwicklung der Kulturgüter kämpfen“.

Kommunisten organisierten Widerstand

Durchdrungen vom Geist eines kämpferischen Humanismus, leisteten in der Nacht des Hitlerfaschismus auch an unserer Universität mutige Antifaschisten, allen voran Kommunisten, Widerstand gegen das herrschende Regime. Das galt besonders für die Zeit unmittelbar nach 1933 und für die Jahre des faschistischen Krieges. Die Aktionen

zur gleichen Zeit wie die ehemalige Germanistikstudentin Maria Grollmuth, die diese Hilfsaktion gleichfalls unterstützte. Beide hielten engen Kontakt zum „Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten“.

Max Seydewitz berichtet darüber in seinen Memoiren: „Zu den illegalen Genossen, die in regelmäßiger Verbindung mit der Gruppe Revolutionäre Sozialisten standen und auch mich von Zeit zu Zeit in der Tschechoslowakei besuchten, gehörten u. a. die Sorbin Dr. Maria Grollmuth, eine ihrer Gesinnung wegen aus dem Amt geworfene, arbeitslose Studienassessorin, ihr Studienfreund Regierungsassessor Dr.

Roten Armees sowie die militärisch-politische Krise des ganzen Herrschaftssystems nach der Schlacht an der Wolga führten zur allmählichen Distanzierung eines Teils des Lehrkörpers vom Hitlerregime. In manchen Fällen gelangten Professoren von bürgerlich-humanistischen, ja sogar konservativen Positionen zu oppositionellen Haltungen und begannen nach Wegen zu suchen, um den drohenden Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung aufzuhalten.



Georg Sacke (1902-1945) kämpfte unerschrocken in Sinne der Verbreitung der antifaschistischen Volksfront an der Universität.

So nahmen Th. Litt und F. Gadamer Kontakte zu führenden Repräsentanten der großbürgerlichen Verschwörung gegen Hitler auf, an deren Spitze der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler stand. Diese Kontaktaufnahme zu einem der Exponenten des konservativen Flügels der Männer vom 30. Juni 1944, der jedes Zusammengehen mit der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD strikt ablehnte, verdeutlichte die Grenzen der Opposition, zu der diese Professoren unter den gegebenen Umständen zu gelangen vermochten.

Ganz andere Ziele setzte sich die 1943/44 geschaffene Leipziger Organisation der Bewegung „Freies Deutschland“, die von dem erfahrenen Revolutionär Georg Schumann geleitet wurde. Ihr schloß sich der Kreis um A. Frank und W. Heinze

Mit diesem Beitrag setzt die UZ die Serie zur Geschichte unserer Universität fort. Die Autoren des Ende dieses Jahres erscheinenden Bandes zur Geschichte der Alma mater Lipsiensis geben über wichtige Entwicklungsstationen einen Überblick.



H. Reinmuth, der zuletzt als Regierungsbeamter in Lüneburg tätig war... Diese Genossen brachten uns Informationen über die Verhältnisse in Hitlerdeutschland sowie Berichte über die Arbeit illegaler Gruppen und nahmen von mir Informationen und Aufklärungsmaterial



1934 formierte sich unter Leitung von Gerhard Mehnert am Japanischen Institut eine erste Gruppe gegen die Hitlerherrschaft.

mit in ihre Heimat“. Auch die Schwester Reinmuths, Clementine, die zu dieser Zeit Medizin studierte, war an den Aktionen beteiligt. Nach der Verhaftung von H. Reinmuth und Maria Grollmuth wurden in den ersten Dezemberabenden 1934 auch Clementine Reinmuth und G. Sacke inhaftiert. Während G. Reinmuth nach fünf Monaten qualvoller Verbote wieder entlassen werden mußte, wurde G. Sacke in das Konzentrationslager Sachsenburg überführt. Gegen H. Reinmuth und M. Grollmuth verhängte der „Volksgerichtshof“ wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ sieben bzw. sechs Jahre Zuchthaus. Die Universität erkannte beiden die Doktorwürde ab. H. Reinmuth verstarb im KZ Sachsenhausen und M. Grollmuth im KZ Ravensbrück an den erlittenen Mißhandlungen und Entbehrungen. Nach einjähriger Haft setzte G. Sacke seinen Widerstand unbeirrt fort. Gemeinsam mit seiner Frau Rosemarie sowie Alfred und Gertrud Frank gelang es ihm, den Kreis der Kämpfer im Sinne der antifaschistischen Volksfront zu verbreitern.

Der Zusammenbruch der alten Ordnung

Das Scheitern des Blitzkrieges der Wehrmacht unter den Schlägen der



Rosemarie Sacke, Kampf- und Lebensgefährtin Georg Sackes, gehörte in den schweren Jahren der faschistischen Barbarei zu den mutigen Antifaschisten an unserer Universität.

FOTOS (3): UZ-Archiv

an, vom den über Georg Sacke Verbindungen zu Antifaschisten in Hamburg gingen. Der Schwerpunkt der illegalen Tätigkeit der Bewegung „Freies Deutschland“ lag bei den Arbeitern in den Betrieben, um die faschistische Rüstung an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen, ihr Einfluß erweiterte sich aber auch unter der medizinischen Intelligenz.

Anfang Juli 1944 gelang es der Gestapo, die führenden Mitglieder der Bewegung „Freies Deutschland“ zu verhaften. Sie fielen dem Mordtrotter der Faschisten zum Opfer.

Der Kampfesmut und die Unerschrockenheit von M. Blank, A. Frank, W. Heinze, G. Sacke an der Seite von G. Schumann und vieler anderer symbolisieren das andere, bessere Deutschland und den Beginn des Bündnisses der Arbeiterklasse mit fortschrittlichen Intellektuellen. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche antifaschistische Umgestaltung des Hochschulwesens nach der Zerschlagung des Faschismus in unserem Lande.

Prof. Dr. sc. HELMUT ARNDT

Erstes Leipziger Weltwirtschaftsseminar „Technologietransfer in der Weltwirtschaft“ mit hoher internationaler Beteiligung

Dialog beförderte gegenseitiges Verstehen

Im umfangreichen Kalender wissenschaftlicher Veranstaltungen während der Leipziger Herbstmesse war, wie bereits gemeldet, erstmals ein zweitägiges internationales Seminar auf weltwirtschaftlichem Gebiet veranstaltet. Der unter Leitung von Prof. Dr. sc. G. Nötzel seit Jahren aktiv an unserer Universität wirkende interdisziplinäre Arbeitskreis Weltwirtschaft sowie insbesondere die gleichnamige Arbeitsgruppe der Sektion Wirtschaftswissenschaften hatte Vertreter der Theorie und Wirtschaftspraxis aus sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten zum ersten Leipziger Weltwirtschaftsseminar mit dem Thema „Technologietransfer in der Weltwirtschaft“ eingeladen.

Diese in letzter Zeit außerordentlich viel diskutierte Problematik mit ihren gegenwärtigen Zustimmungen und künftigen Entwicklungstendenzen bot in besonderem Maße Gelegenheit zum Meinungsaustausch und Meinungsstreit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen sowie profilierten Vertretern von Kombinat, Industrieunternehmen sowie Banken. Gerade angesichts der zugespitzten weltpolitischen Situation können wissenschaftliche Veranstaltungen ein wichtiges Instrument zum aktiven Dialog sein. Sie tragen zum Erkenntnisgewinn bei und ermöglichen die Diskussion gemeinsam bewegender Fragen, ohne dabei Unterschiede in prinzipiellen Positionen zu verwischen.

In seinen Begrüßungsworten hob der Rektor unserer Universität, Prof. Dr. h. c. Dr. h. c. L. Rathmann, neben der Tradition in der Bearbeitung weltwirtschaftlicher Probleme an der Alma mater Lipsiensis zugleich diesen Stellenwert wissenschaftlicher Diskussion im Zusammenhang mit dem auf Handel und wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Frieden ausgerichteten Anliegen der Leipziger Messe hervor.

Auf der Grundlage schriftlich vorgelegter Thesen des Veranstalters zu „Grundlagen und Perspektiven des internationalen Technologietransfers“ wurden sieben Referate zur Diskussion gestellt.

Prof. Dr. sc. G. Nötzel behandelte den objektiven Charakter und die Hauptrichtungen und -formen des internationalen Technologietransfers. Dabei unterstrich er die aktive Position der RGW-Länder in diesem Prozeß und arbeitete die negative Wirkung der politischen wie ökonomischen Behinderungen des Technologietransfers insbesondere durch die US-amerikanische Administration heraus. Die notwendige stärkere Entwicklung des Technologietransfers verlangt, der wissenschaftlichen Analyse und Vernetzung mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Ein wesentliches Anliegen des Referenten war, auf die gesamtgesellschaftliche Dimension des internationalen Technologietransfers aufmerksam zu machen und die Einheit von technischen, ökonomischen und sozialen Aspekten der Technologie darzustellen.

Als weitere Referenten der Karl-Marx-Universität behandelte Prof. Dr. sc. jur. W. Schönrrath (Sektion Rechtswissenschaften) „Rechtliche Probleme des internationalen Technologietransfers“ und Prof. Dr. sc. G. Kück (Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften) Probleme des „Technologietransfers nach Entwicklungsländern“.

Von den eingeladenen Wissenschaftlern referierten Prof. Dr. K. Biedenkopf (Institut für Wirtschaftswissenschaften und Gesellschaftspolitik Bonn) zum Thema: „Innovationsentwicklung und internationaler Technologietransfer“ und Prof. Dr. G. Junne (Universität Amsterdam) zum „Technologietransfer in den Nord-Süd-Beziehungen“.

Als Vertreter der Wirtschaftspraxis traten Prof. Dr. sc. H. Wedder (Generaldirektor VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt) zu „Erfahrungen des Kombinat Mikroelektronik“ und H.-W. Büscher (Direktor Siemens AG München) zu „Technologietransfer in den Ost-West-Beziehungen“ auf.

Im Anschluß an diese sehr komplexe Behandlung der technischen, ökonomischen, politischen, sozialen und psychologischen Aspekte des Technologietransfers in den Weltwirtschaftsbeziehungen der Gegen-

wart und den zukünftigen Entwicklungstendenzen in den Referaten entspann sich eine offene, anregende und lebhaft und vor allem konstruktive Diskussion, in die sich die Mehrzahl der über 60 Seminarteilnehmer zum Teil mehrfach einschaltete.

Zu den Teilnehmern gehörten u. a. Vertreter aus der BRD (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel), aus Österreich (Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien; VOEST-Alpine-AG, Linz), aus der Schweiz (Institut für Internationale Studien, Genf; Bank für Kredit und Außenhandel AG, Zürich; Gattys Technik, Fribourg) und aus Berlin-West (Deutsches Institut für Wirtschaftsinformation). Ost-Europa-Institut der Freien Universität, aus der BRG-Statistik waren u. a. als Gäste beteiligt. Institut für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems beim RGW, Moskau; Vertreter der UdSSR-Botschaft in der DDR, des Generalkonsulats der VVP in Leipzig und des Forschungsinstitutes für Außenhandel, Warschau.

Seitens der DDR nahmen am Seminar neben Vertretern des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, des Forschungsinstituts beim Ministerium für Außenhandel, der Akademie der Wissenschaften der DDR, dem Zentralen Büro für Internationale Liaisonarbeit der DDR, des Präsidiums der Kammer der Technik auch zahlreiche Wissenschaftler von Hochschul-einrichtungen teil (u. a. Humboldt-Universität Berlin, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften Potsdam-Babelsberg, Technische Hochschule Letuna-Merseburg). Praxispartner des Arbeitskreises aus den Kombinat, Kombi- und Außenhandelsbetrieben von Polygraph und Mikroelektronik waren gleichfalls aktiv beteiligt und vermittelten wichtige praktische Erfahrungen des Technologietransfers.

Die umfangreiche Diskussion widerspiegelt das große Bedürfnis zum Erörtern der Probleme des Technologietransfers und das gemeinsame Anliegen, zu einer Förderung beizutragen und vorhandene Hemmnisse, Mißverständnisse und Barrieren abzubauen und zu beseitigen. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Formen des Technologietransfers, der Effektivität, den Beziehungen zwischen Technologietransfer, Vertrauensbildung und Friedensstabilisierung, dem Verhältnis von Technologiegeber und Technologienehmer und der Übergabe „maßgeschneiderter“, entwicklungsadäquater Technologien gewidmet. Einen wichtigen Platz in der Diskussion nahm nicht zuletzt die Behinderung des Technologietransfers zwischen Ost und West unter Druck der US-Administration ein.

Das aktive Aufgreifen der RGW-Länder zur Nutzung des Technologiestatus als wichtiges Instrument gleichberechtigter, gegenseitig vorteilhafter und von Diskriminierung freier Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen wurde am Beispiel der Aussagen der jüngsten RGW-Wirtschaftsberatung auf höchster Ebene und praktischer Erfahrungen der DDR-Kombinate dargelegt.

Die insgesamt sehr rege und sachliche Diskussion zu den Referaten offenbarte, trotz differenzierter Ausgangspositionen und Wertungen bestimmter Seiten des Technologietransfers in der Weltwirtschaft, das große Potential an Gemeinsamkeit und Interessensübereinstimmung der Gesprächsteilnehmer, daß Technologietransfer sich nur im Frieden entwickeln kann und zugleich friedensstabilisierend wirkt. Hier liegt eine große Verantwortung der Wissenschaft und Wirtschaftspraxis, das Gespräch fortzuführen und, ohne Unterschiede in den Auffassungen zu verwechseln, praktische Lösungen zu befördern, wie Prof. Dr. sc. H. Stein, 1. Professor unserer Universität, in seinen abschließenden Worten hervorhob. Zugleich sprach er die Einladung zum zweiten Leipziger Weltwirtschaftsseminar im September 1985 aus, das in Anlehnung an das Messerthementhema Energie und Rohstoffprobleme in der Weltwirtschaft gewidmet sein soll.

Dr. G. GRUHLE, Sektion Wirtschaftswissenschaften